

Betreff: Re: Wahlprüfsteine
Von: "Alexander Spies" <aspies@piratenfraktion-berlin.de>
Datum: 08.09.2016 09:37
An: die-bpe@gmx.de

Hallo,

hier sind die Antworten der PIRATEN:

(1) Schließen sich die Piraten in Berlin der Sichtweise an, dass psychiatrische Zwangsbehandlung eine Foltermaßnahme bzw. grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung ist, wie sie vom UN-Berichterstatler über Folter und dem UN-Fachausschuss für die Rechte von Behinderten disqualifiziert wurde?

Ja. Die PIRATEN Berlin treten für eine Psychiatrie ein, in der eine Behandlung von Patient_innen ohne Zwangsmaßnahmen der fachliche Standard ist.

Die Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus ist in der aktuellen Legislaturperiode mit Nachdruck für ein „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)“ eingetreten, welches in Einklang mit geltenden menschenrechtlichen Normen steht und die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention erfüllt.

In diesem Zusammenhang haben wir mit der Beantragung einer Anhörung zur Vereinbarkeit des PsychKG-Entwurfes mit der UN-BRK im federführenden Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie in den Ausschussberatungen auf die Problematik der mangelhaften Konformität des damaligen PsychKG-Entwurfs mit geltenden Rechtsnormen aufmerksam gemacht.

(1a) Wenn Nein, warum nicht?
(2) Setzen sich die Piraten in Berlin für eine konsequent gewaltfreie und damit menschenrechtskonforme Psychiatrie ein?

Ja. Eine menschenrechtskonforme Psychiatrie basiert aus Sicht der PIRATEN Berlin auf einer guten Personalausstattung mit professionell qualifizierten Fachkräften, einer transparenten Stationsorganisation, einer wertschätzenden Kommunikationskultur, Rückzugsräumen für Patient_innen sowie Hilfen für Mitarbeiter_innen.

Mit Besorgnis nahmen die PIRATEN Berlin zur Kenntnis, dass evidenzbasierte Fakten zu Zwangsmaßnahmen und Gewalt in psychiatrischen Einrichtungen im Land Berlin fehlen, wobei die zentrale Ethikkommission bei der Bundesärztekammer bei der Anwendung von Zwangsmaßnahmen erhebliche Mängel in Bezug auf die Wahrung elementarer menschrechtlicher Vorschriften sieht.

(3) Unterstützen die Piraten in Berlin die Forderung nach der Abschaffung psychiatrischer Sondergesetze (PsychKG), so wie es durch die UN-Behindertenrechtskonvention vorgeschrieben ist?

Ja. Die PIRATEN setzen sich für eine Weiterentwicklung der Psychiatriereform auf Bundesebene ein. Strukturelle Verbesserungen der psychiatrischen Versorgung auf der Basis der Menschenrechte sind überfällig. Hierzu ist eine Enquete-Kommission des Bundestages erforderlich.

(3a) Wenn Nein, warum nicht?

(3b) Wenn Ja, werden die Piraten in Berlin in der kommenden Legislatur einen entsprechenden Gesetzgebungsvorschlag zur Abschaffung aller Zwangselemente im PsychKG in den Landtag und/oder die Landesregierung einbringen?

Die Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus hat sich bereits in der aktuellen Legislaturperiode für ein menschenrechtskonformes PsychKG eingesetzt und wird diesen Weg mit parlamentarischen Initiativen weiterverfolgen.

(4) Sind die Piraten in Berlin bereit, nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Bezirksebene den Sozialpsychiatrischen Dienst auf bedingungslose

Gewaltfreiheit festzulegen?

Ja. Aus Sicht der PIRATEN Berlin dürfen die Sozialpsychiatrischen Dienste nicht für Maßnahmen missbraucht werden, welche die grundlegenden Rechte von Bürger_innen einschränken und Misstrauen gegenüber dem Hilfe- und Unterstützungsangebot der Sozialpsychiatrischen Dienste schüren.

Auf Initiative der Piratenfraktion konnte eine Änderung des § 6 Abs. 4 im Senatsentwurf zum PsychKG erreicht werden, der es den Sozialpsychiatrischen Diensten in der ursprünglichen Fassung ermöglicht hätte, die Wohnung von psychisch erkrankten Menschen ohne Einwilligung und gegen deren Willen zu betreten.

(4a) Wenn Nein, warum nicht?

-

Viele Grüße,
Alexander Spies